Hausarbeit zum Thema "Schutz der kritischen Infrastruktur: Zivilschutz, Technisches Hilfswerk"

Name: Alexander Zösche

Matrikelnummer: 2584751

Name der Universität: Julius-Maximilians Universität Würzburg

Modul: Die moderne, intelligente Stadt: SMART CITY

Semester: Wintersemester 2022/23

Lehrperson: Prof. Thomas Dandekar

Abgabetermin: 22.02.2023

Im Zuge dieser Hausarbeit habe ich ein Interview mit dem Ortsbeauftragten des THW Würzburg, Herr Peter Zimmer, gehalten und das Interview aufgenommen.

Das Interview wurde am 14.02.2023 gehalten.

Inhaltsverzeichnis:

1.	Zivilschutz, Technisches Hilfswerk	Seite 2-6
2.	Eigene Meinung	Seite 6-8
3.	Zusammenfassung des Interviews mit Herr Zimmer	Seite 8-11
4.	Literaturverzeichnis	Seite 11-13

1. Zivilschutz, Technisches Hilfswerk

Zuerst muss geklärt werden, was kritische Infrastruktur eigentlich bedeutet. Hierbei handelt es sich um Einrichtungen, die eine wichtige Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen besitzen. Diese Einrichtungen müssen besonders geschützt werden, denn wenn diese ausfallen, können Versorgungsengpässe, Störungen der öffentlichen Sicherheit und andere dramatische Folgen auftreten. Dazu zählen nicht nur Energie und Gesundheit, sondern auch Informationstechnik, Telekommunikation und Wasserversorgung.¹ Der Schutz dieser Infrastruktur ist die Kernaufgabe des Staats. Doch in erster Linie liegt der Schutz in der Verantwortung der Betreiber. Diese müssen dafür sorgen, dass ein Schutz gegen Naturkatastrophen, Terrorismus, Sabotage und menschliches Versagen vorliegt.¹ Um dies zu gewährleisten, muss man zwischen Katastrophenschutz und Zivilschutz unterscheiden. Der Katastrophenschutz ist Aufgabe der jeweiligen Bundesländer und tritt bei z. B. Umweltkatastrophen ein.² Der Zivilschutz tritt im Verteidigungsfall ein und beinhaltet Koordination, Warnung, Versorgung, Aufenthalt und Schutzbau.³ Um die Bevölkerung so gut wie möglich zu schützen, gibt es regelmäßige Übungen wie z. B. Lükex. Dies war eine Übung die Bund und Länder gemeinsam 2004 durchführten, um Szenarien zu simulieren und so die Zusammenarbeit von Bund und Ländern zu stärken.⁴ In Notfällen schreitet das Technische Hilfswerk (THW) ein, welches als Behörde im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums einmalig aktiv ist.³ Das THW besteht aus ca. 80.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern (das sind 98 % des THW) welche auf freiwilliger Basis aktiv sind.⁵ Jeder freiwillige Helfer muss anfangs eine Grundausbildung absolvieren und wird anschließend in eine Gruppe eingeteilt, in der er eine Fachausbildung absolvieren muss. Über das Jahr verteilt gibt es dann 10 Sonntage mit Ganztagslehrgängen, zusätzlich müssen die Helfer mindestens 120 Stunden im Jahr anwesend sein. Diese Zahl kann auch bis zu 500 oder 600 Stunden pro Jahr steigen.³ Durch das Ehrenamt werden so bewusst Bürger in das staatliche Handeln einbezogen. Diese ehrenamtlichen Helfer sichern im In- und Ausland die höchsten aller denkbaren Lebensgüter, das menschliche Leben, die körperliche Unversehrtheit und weitere lebenswichtige Güter. Gemeinsinn, Mitmenschlichkeit und Verantwortungsbereitschaft bilden die Basis des THW.⁶ Um dies zu sichern, werden die Potenziale aus behördlichen und ehrenamtlichen Strukturen zur Aktivierung der besten Kräfte und Ideen umgesetzt und die Helfer agieren nach den 10 Leitsätzen des THW.⁷ Das THW ist strukturell wie folgt aufgebaut: An der obersten Stelle sitzt die THW-Leitung im Bund, darunter befinden sich 8 Landesverbände welche sich in Regionalstände unterteilen. Die Regionalstände setzen sich aus den verschiedenen

Ortsverbänden zusammen.³ Das THW besitzt 40 verschiedene Fachgruppen, welche alle mit unterschiedlichen Aufgaben vertraut sind wie z. B. Bergungstaucher, Elektroversorgung, Ölschaden usw.⁸ Zusätzlich gibt es 8 verschiedene Fachgruppen für Einsätze im Ausland. Zu ihren Aufgaben gehört das suchen und retten von Erdbebenopfern, das Sichern der Trinkwasserversorgung von Menschen in Katastrophengebieten und die Unterstützung zum Wiederaufbau nach Bürgerkriegen und Naturkatastrophen. Damit ein Auslandseinsatz zustande kommt, schickt das betroffene Land ein Ersuchen an verschiedene Länder, welches dann im Außenministerium ankommt und dann ans Innenministerium weitergeleitet wird, da das THW diesem unterstellt ist.³ Diese Unterstützung durch das THW, ist durch eine Vielzahl an verschiedenen Fahrzeugen, schweren Geräten und Spezialwerkzeugen möglich.¹⁰ Dies ist möglich, weil das THW komplett vom Staat finanziert wird und das THW das Geld frei an den Stellen nutzen kann, an denen es gebraucht wird.³ Doch wie sieht es bei uns in Deutschland mit dem Zivilschutz aus? Gibt es in Deutschland genügend Bunker und Schutzräume für die Bevölkerung? Nach dem Mauerfall und somit dem Ende des Kalten Krieges wurden viele Bunker und Schutzräume nicht mehr gebraucht. Die Idee eines erneuten Krieges in Europa schien einfach unmöglich.¹¹ So kam es, dass die Bundesregierung 2007, im Einvernehmen mit den Ländern, beschloss den öffentlichen Schutzraumbau aufzugeben und die Rückabwicklung der Anlagen vorzunehmen.¹² Doch aktuell sorgt der anhaltende Ukraine-Konflikt für ein Umdenken der Bevölkerung und auch der Bundesregierung. Die Rückabwicklung der öffentlichen Schutzräume wurde mit dem Erlass vom 17.03.2022 durch das Bundesinnenministerium (BMI) gestoppt. Durch diesen Erlass sind noch nicht rückabgewickelte öffentliche Schutzräume nun Gegenstand einer Bestandsaufnahme, mit dem Ziel, den Zustand der Anlagen festzustellen, um die jeweilige Eignung als Schutzraum bewerten zu können. 13 Das Problem liegt darin, dass nach dem Ende des Kalten Krieges mehrere hunderte Bunkeranlagen stillgelegt wurden und somit nur noch ca. 600 öffentliche Schutzräume verfügbar sind. Von diesen 600 sind jedoch auch viele Anlagen alt und in keinem guten Zustand. Was auffällt ist das viele ehemalige NVA- und Stasi-Bunker meist noch in gutem Zustand, vor allem im ländlichen Raum, vorliegen. 11 Der Neubau von Anlagen ist, laut der Bundesregierung, eher unwahrscheinlich, da dies mit enormen Kosten verbunden ist. Daher sollen hauptsächlich schon bestehende Bauten gesucht werden, die sich für den Katastrophenfall eignen. Hierbei können auch Tiefgaragen, befestigte Keller und Tunnel von U- und S-Bahnen dem Zivilschutz dienen. Jedoch sind diese nicht vor Atomangriffen sicher, dafür müssten sie hermetisch abgeriegelt sein und ein eigenes Belüftungssystem besitzen.¹¹ Das größte Vorbild der Deutschen in Sache Schutzräume ist die Schweiz, welche eine

gesetzliche Bunkerpflicht besitzt. 14 Ein weiterer Aspekt des Zivilschutzes sind die deutschen Warnsysteme. Am 10. September 2020 fand der erste nationale Warntag in Deutschland statt. Es sollte um 11 Uhr einen Probealarm über Sirenen, Radio, Fernsehen, digitalen Werbetafeln, Lautsprecherwagen und Warn-Apps geben. Doch der Warntag 2020 zeigte, dass Deutschland zu diesem Zeitpunkt nicht gut vorbereitet ist für einen Katastrophenfall. 15 Es kam vor, dass das Warnsystem vielerorts überlastet war. Viele Warnungen gingen erst eine halbe Stunde später auf den Handys der Bevölkerung ein. Dies wäre im Ernstfall fatal. Auch haben viele private Radiosender ihr Programm nicht unterbrochen, sondern weiter Musik abgespielt. 15 Vor allem war der Einsatz der Sirenen zu bemängeln. Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde das Sirenennetz aufgegeben und von den Kommunen übernommen. Diese haben dann, um Geld zu sparen, viele Sirenen abgebaut. Viele der Sirenen, die noch vorhanden waren funktionierten jedoch nicht oder waren viel zu leise. 15 Als Antwort darauf rief der Bund 2021 das Sirenenförderprogramm ins Leben. Damit stellte der Bund 88 Mio. Euro zum Ausbau kommunaler Sirenennetze bereit. Dieses Programm war auf zwei Jahre befristet. Laut dem BBK sei das Gesamtvolumen der 88 Mio. Euro bereits im Juli 2022 fast gänzlich bewilligt oder ausbezahlt. 16 Das Hauptziel des Sirenenförderprogramms liegt dabei neue Sirenenanlagen zu errichten. Die technische Aufrüstung bereits bestehender Sirenen steht an zweiter Stelle. Der Anschluss der alten Sirenen an das neue Warnsystem ist bis heute noch nicht komplett abgeschlossen. Am 8. Dezember 2022 fand zuletzt der nationale Warntag statt. Um 11 Uhr wurden über verschiedene Warnmittel wie Fernsehen, Radio, digitale Anzeigetafeln, Sirenen und Warn-Apps Probewarnungen versendet. Erstmals kam auch die Cell-Broadcast Technologie zum Einsatz. Hierbei handelt es sich um eine Warnnachricht, die direkt an alle Handys gesendet wird.¹⁷ Der Warntag wurde vorerst als Erfolg bezeichnet, doch eine konkrete Auswertung dieser nationalen Übung ist wahrscheinlich erst anfangs 2023 zu erwarten. 18 Ein Problem des neuen Cell-Broadcast ist, dass ältere Handymodelle ohne nötige Updates keine Warnnachricht erhalten haben. Dasselbe trifft auch für Handys zu die sich im Flugmodus befinden oder zu diesem Zeitpunkt in einem Funkloch sind. Außerdem kam es vermehrt vor, dass zwar die Warnnachricht bei der Bevölkerung ankam, aber die Entwarnungsnachricht nicht. Eine Entwarnung wäre im echten Notfall ebenso wichtig. 19 Deutschland besitzt bundesweit ca. 35.000 Sirenen, doch nicht alle sind auch funktionsfähig oder an zentrale Netzwerke angeschlossen, trotz dem 2021 beschlossenen Sirenenförderprogramms.¹⁹ Die Nutzung von Sirenen war für die Kommunen freiwillig.¹⁷ Der neuste Warntag zeigte, dass das deutsche Warnsystem sich seit 2020 deutlich verbessert hat, aber auf keinen Fall makellos ist. Das neue Cell-Broadcast System ist auf jeden Fall ein

Schritt in die richtige Richtung, da so ein Großteil der Bevölkerung erreicht werden kann. Ein weiteres Gebiet des Zivilschutzes ist der medizinische Bevölkerungsschutz. Darunter versteht man Maßnahmen, die geführt werden, um die Abwehr von Gefahren für das Leben oder die Gesundheit von Menschen zu gewährleisten.²⁰ In diesem Bereich bestehen immer noch Mängel bei z.B. neben Pandemien auch Anschläge, Unfälle mit CBRN-Gefahrstoffen (chemische, biologische, radiologische, nukleare), Massenanfälle von Verletzten im Terrorfall, mit Kliniken oder Rettungsdiensten als Anschlagsziele und länger andauernde Strom- oder Trinkwasserausfälle und Einschränkungen in der Informations- und Kommunikationsstruktur nach Cyberattacken.²¹ Das Problem liegt darin, dass solche Schadensereignisse schon oft vorkamen, aber sich in Deutschland nicht ausreichend darauf vorbereitet wird. Ein Beispiel dafür ist der Mangel an Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln zum Beginn der SARS-CoV-2-Pandemie. Als Antwort auf Anschläge und Unfälle mit CBRN-Gefahrstoffen wurden 2006 Dekon-V-Einheiten etabliert, welche aber nur an wenigen Standorten stationiert wurden. Als Alternative sollen Gefahrstoffzüge der Feuerwehr eingreifen, diese sind jedoch schlecht beübt und es mangelt an Erfahrung im Umgang mit kontaminierten Patienten.²¹ Selbst die meisten Kliniken besitzen kaum Möglichkeiten zu ortsfesten Dekontamination von Patienten. Es fehlt simpel an Ressourcen. Bei einem Massenanfall von Verletzten und Erkrankten im Terrorfall, bei denen Kliniken und Rettungsdienste das Ziel sind, gibt es zwar Konzepte der Länder und Landkreise, doch diese sind schlecht erarbeitet und werden kaum geübt. Krankenhäuser selber besitzen nicht mal ein solches Schutzkonzept. Die Kostendeckung solcher Pläne und Übungen werden aktuell nicht von den Krankenkassen gedeckt.²¹ Die Lösungen dieser Probleme werden dadurch verkompliziert, dass es große Unterschiede in den jeweiligen Aufbauorganisationen von polizeilicher und nichtpolizeilicher Gefahrenabwehr gibt. Dazu kommt, dass die Strukturen der verschiedenen Bundesländer und deren Behörden nicht zentral und einheitlich sind, sondern mehrere unterschiedliche Verwaltungsebenen existieren.²¹ All das wird zusätzlich dadurch angefeuert, dass in vielen Bereichen ein Fachkräftemangel und immer weniger ehrenamtliche Helfer vorhanden sind.³ Das BBK bemüht sich zwar seit 2021 den Zivilschutz in Deutschland zu "reformieren" und an den problematischen Stellen anzusetzen. Doch bis jetzt ist dies ihnen nicht in jedem Bereich gelungen. Für solche Notfälle wäre es wichtig, dass Hilfsorganisationen und notfallmedizinische Fachgesellschaften realistische und funktionierende Konzepte für Rettungsdienste, Krankenhäuser und Schnelleinsatzgruppen bei der Bundesregierung einfordern.²¹ Dazu müssten diese Konzepte vernünftig finanziert,

umgesetzt, regelmäßig überprüft und beübt werden. Der vorhandene organisatorische Mangel in diesen Gebieten wird durch den extremen Föderalismus in Deutschland angefeuert.

2. Eigene Meinung zum Thema Schutz der kritischen Infrastruktur und Zivilschutz

Im Allgemeinen kann man sagen, dass der Zivilschutz, zum jetzigen Zeitpunkt, in Deutschland gut aufgestellt ist. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Bundespolizei, Feuerwehr, dem THW und in Katastrophenfällen der Bundeswehr, läuft hervorragend ab. Die Bundesregierung hat die Mängel im Zivilschutz seit der Ahrtal-Katastrophe und dem Ukraine-Konflikt erkannt und ist bemüht, diese Mängel zu korrigieren und den Zivilschutz auf einen neuen Standard in Deutschland zu setzen. Durch diese Katastrophen ist zwar das Augenmerk stark auf die Bundesregierung fokussiert, doch meiner Meinung nach liegt der Zivilschutz bis zu einem gewissen Grad, bei der Bevölkerung. Es ist einfach bei Notfällen auf die Bundesregierung oder die Rettungskräfte zu zeigen und diese für Dinge verantwortlich zu machen. Dabei sollte jeder Bürger sich selbst mal die Frage stellen: "Habe ich für Notfälle geeignete Schutzräume? Habe ich genügend Lebensmittel, Getränke, Medizin und Ausrüstung, um im Notfall mindestens 10 Tage durchzuhalten?". Denn tatsächlich ist dies bei dem Großteil der Bevölkerung nicht so. Viele sehen es als Selbstverständlich, dass sie im Notfall von Polizei, Feuerwehr oder THW gerettet werden, tun aber nichts dafür selber für solche Notlagen vorbereitet zu sein. Dazu kommt das die Bereitschaft zum aktiven Mithelfen in der Bevölkerung sinkt. Noch kann das THW eine stabile Summe an Nachwuchs vorzeigen. Doch das trifft nicht auf jeden Ort zu. Die Bereitschaft ein ehrenamtlicher Helfer zu werden und so aktiv der Gesellschaft in Notfällen Hilfe zu leisten, sinkt mit den Jahren leider immer weiter. Um sich zu engagieren, könnte man der freiwilligen Feuerwehr oder dem örtlichen THW beitreten. Selbst in anderen sozialen Feldern wie bei Tafeln werden viele Helfer gesucht. Die Ahrtal-Katastrophe hat zwar gezeigt, dass viele Menschen, zumindest lokal, bereit sind zu helfen, doch warum ist diese Hilfe erst da, wenn etwas Schlimmes passiert? Dasselbe gilt für den Ukraine-Konflikt. Der Zivilschutz wurde jahrzehntelang vernachlässigt und erst, wenn ein Konflikt in Europa auftaucht, ist man sich den bestehenden Mängeln im Zivilschutz bewusst. Dies auf eine längere Zeit des Friedens zu schieben ist klar falsch, da andere europäische Länder wie die Schweiz weiterhin ihren Zivilschutz intakt hielten. Länder wie Finnland oder Litauen haben ihre Wehrpflicht nicht ausgesetzt und können jetzt einen hohen Standard an Verteidigung und Zivilschutz vorweisen. Eine Möglichkeit wäre, die Wehrpflicht in Deutschland wieder einzuführen. Mir ist bewusst, dass die Infrastruktur der

Bundeswehr nicht genug ausgebaut ist, um die Wehrpflicht von heute auf morgen wieder einzuführen. Doch über die Jahre wäre dies bestimmt möglich. Ein Vorteil davon wäre, dass diejenigen, die den Dienst an der Waffe nicht leisten möchten, stattdessen in sozialen Feldern oder bei Feuerwehr und THW eingesetzt werden könnten. So könnte man in vielen sozialen Bereichen oder beim Zivilschutz fehlende Arbeitskräfte auffüllen und gleichzeitig die Gesellschaft stärken. Außerdem würde der Dienst bei der Bundeswehr vielen Menschen helfen, ein gewisses Pflichtbewusstsein, gegenüber der deutschen Bevölkerung und seinem eigenen Land, zu entwickeln. So könnte potenziell die Hilfsbereitschaft in Deutschland gestärkt werden. Ein weiterer Punkt, den ich zum Thema Zivilschutz persönlich ansprechen möchte, ist der Föderalismus und die Bürokratie in Deutschland. Es ist zwar wichtig das die Betreiber von kritischer Infrastruktur und Kommunen in erster Instanz schnell auf einen Katastrophenfall reagieren können, doch ein Problem ist, das der Zivilschutz in jedem Bundesland anders ausfällt. Es wird oft angestrebt, dass das deutsche Warnsystem einheitlich vernetzt ist, doch gleichzeitig wird der Zivilschutz von Bundesland zu Bundesland anders gehandhabt. Hier wäre es für Deutschland definitiv von Vorteil, wenn alle Warnsysteme einheitlich vernetzt und funktionsfähig wären. Ein Beispiel wären die unterschiedlichen Warnsignale der Sirenen in jedem Bundesland. Dazu kommt, dass viele Gelder, die der Staat für unterschiedliche Zwecke bereitstellt, mit großen bürokratischen Hürden verbunden sind und diese in jedem Bundesland anders beantragt werden müssen. Es kommt oft vor, dass Gelder von Förderprogrammen nicht beansprucht werden, weil der bürokratische Aufwand viel größer und komplizierter wäre als der eigentliche Nutzen. Wenn man den Föderalismus und die bürokratischen Hürden für solche Förderprogramme reduzieren würde, könnte das benötigte Geld schneller und effektiver in der Bevölkerung ankommen. Man kann von der aktuellen Lage zumindest erkennen, dass die Bundesregierung sich darum kümmert, mit finanziellen Mitteln den Zivilschutz in Deutschland wieder auf einen hohen Standard zu bringen. Institutionen wie das THW bekommen ein erhöhtes Budget, das Sirenenförderprogramm wurde eingeführt, es wird über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht nachgedacht, es wurde ein jährlicher nationaler Warntag eingeführt und man bemüht sich alte Bunkeranlagen und öffentliche Schutzräume wieder herzurichten. Diese Ansätze wirken alle vernünftig und helfen zweifelsohne, den Zivilschutz in Deutschland wieder herzurichten. Vor allem das man nach schon bestehenden Schutzräumen schaut und nicht mit dem Gedanken spielt neue zu bauen, klingt vernünftig. Die Kosten für neue Bunkeranlagen und öffentliche Schutzräume wären gigantisch und würden, sehr wahrscheinlich, mehrere Jahrzehnte brauchen, um einen kompletten Schutz der Bevölkerung

zu gewährleisten. Natürlich besteht aber auch die Frage, ob dies überhaupt nötig wäre. Mit der heutigen Waffentechnologie wäre die Zeit zum Schutzsuchen bei wenigen Minuten, sodass ein Schutzraum in unmittelbarer Nähe sein müsste, oder am besten im Keller. Doch dies wäre flächendeckend in Deutschland einfach nicht möglich. Die Strategie der Bundesregierung bezieht sich auf einen Warnmittel-Mix.

3. Zusammenfassung des Interviews mit Herr Zimmer

Interviewer: Worin unterscheiden sich die Zuständigkeitsbereiche des THW und der Feuerwehr?

Herr Zimmer: "Grundsätzlich macht die Feuerwehr die örtliche Gefahrenabwehr. Alles was in der Stadt Würzburg ist und in den Gemeinden, macht die Feuerwehr stellvertretend für die Gemeinde. Die Gemeinde ist für die öffentliche Sicherheit zuständig. Das THW hingegen ist eine Bundeseinheit. Wir sind dem Innenministerium des Bundes unterstellt. Das THW wurde 1953 gegründet und hat somit Einheiten aufgebaut. Das Budget mit dem wir arbeiten wird komplett vom Bund gestellt. Die Feuerwehr wird von der Kommune finanziert. Bei Katastrophenfällen können die Kommunen dann das THW anfordern und darauf zugreifen."

Interviewer: Was sind Voraussetzungen um als Freiwilliger im THW angestellt zu sein?

Herr Zimmer: "Um bei uns Helfer zu werden muss man sich erstmal Gedanken machen ob man das mit seiner Freizeit, Familie und Arbeitgeber vereinbaren kann. Weil wir haben im Durchschnitt 120 Stunden im Jahr, an denen die Helfer da sein sollen. Die Helfer fangen an mit einer Grundausbildung, danach kommen sie in eine Gruppe und machen weiter mit einer Fachausbildung in der dann Fachwissen dazu kommt. Anschließend ist der Helfer einsatzbefähigt. Es wird auch darauf geschaut wie viel Engagement bringt der Helfer mit, wir haben auch Leute mit 500 oder 600 Stundensätzen im Jahr. Im Grundgedanken kann jeder mitmachen der körperlich fit ist und sich überlegt hat ob er mitmachen kann. Dann ist bei uns jeder herzlich willkommen. Natürlich muss auch eine Impfbereitschaft da sein, dabei geht es um die Sicherheit der Helfer."

Interviewer: Wie sieht es mit dem Nachwuchs aus, gibt es genügend neue Anwärter?

Herr Zimmer: "Wir haben eine THW-Jugend, bei der auch später Helfer in den aktiven Dienst übergehen. Aber hier kann man nicht sagen das die die in der THW-Jugend waren eins zu eins auch in den aktiven Dienst übergehen. Wir haben in Würzburg momentan einen relativen guten Zulauf, da gab es schon schlechtere Zeiten. Früher konnte man sich die

Bundeswehr freistellen lassen wenn man bei dem THW war, so konnte man weiter studieren und nebenbei 6, 7, 8 oder ganz früher auch 10 Jahre beim THW ableisten. Dieser Vorteil ist heute natürlich nicht mehr da, heute ist es nur noch reiner Engagement. Bei uns ist es zwar gut, aber bei anderen THWs oder Organisationen gibt es einen Mangel da die Bereitschaft zum Helfen, in den letzten Jahren, immer weiter abnimmt."

Interviewer: Ist das THW ausreichend ausgerüstet oder besteht Bedarf an neuer Ausrüstung?

Herr Zimmer: "In den letzten Jahren haben wir auch Finanzmittel, zusätzlich zu unserem Budget, bekommen. Aber es wird immer Mangelerscheinungen geben, wenn ich heute Leute mit z.B. einem Motorsägen Schein brauche muss ich das auch vom Budget abziehen. Ich muss also gut haushalten und Reparaturen bezahlen. Wenn ich große Reparaturen habe geht das natürlich an mein Budget und dann muss noch Geld übrig bleiben für Ausbildungen, Materialkosten, kaputte Geräte usw. . Die Geräte- und Fahrzeugausstattung ist bei uns momentan top, da wir in den letzten Jahren immer nach und nach neue Fahrzeuge bekommen haben. Aber da gibt es auch Ortsverbände die nicht so gut aufgestellt sind."

Interviewer: Wie oft pro Jahr gibt es Einsatzübungen für Angestellte?

Herr Zimmer: "Wir haben Dienstags Dienstveranstaltungen und alleine 10 Sonntage im Jahr wo wir Ganztagsausbildungen machen. Das machen wir weil es Themen gibt die kann man nicht an einem Abend in 3 Stunden abbilden."

Interviewer: In welchen Situationen wird/wurde das THW in Würzburg eingesetzt?

Herr Zimmer: "Viele Großaktionen gab es nicht. Damals gab es einen Brand bei der Firma Recrotex im neuen Hafen, das liegt aber schon 10 Jahre zurück. Dann der Kühlereinsatz bei dem damals in Reichenberg jemand den Schieber der Biogasanlage aufgemacht hat und die Gülle dann in den Bach geflossen ist. Das ging dann natürlich auf Stadtgebiet. Oder verschiedenste Einsätze auf der Autobahn mit LKWs. Oder das große Hochwasser 2013."

Interviewer: Welche konkreten Maßnahmen werden eingeleitet bei einer Überflutung z.B. des Mains?

Herr Zimmer: "Ein normales Flusshochwasser ist ja eine Gefahr für Würzburg die man einkalkulieren kann. Man hat überall seine Pegelstände, Erfahrungswerte, Unwegsamkeiten und die Dauer des Regens. Da hat die Feuerwehr für die Gefahrenabwehr ihre Pläne. Die wissen ganz genau wer wann was machen muss. Ab wann müssen Straßen gesperrt werden, ab wann müssen Fluttore geschlossen werden, da sind gewisse Sachen die gemacht werden

müssen und da weiß auch jeder was er zu tun hat. Das ist alles bekannt wie lange der Hochwasserschutz hält. Wir kommen erst dann dazu wenn es nicht mehr weiter geht z.B. Sandsäcke befüllen und ausliefern, die Logistik, Sandsäcke einbauen und Straßen sperren."

Interviewer: Gibt es ausreichend Schutzräume für die Bevölkerung in Würzburg (z.B. Bunker)?

Herr Zimmer: "Ich weiß nicht ob es bei uns welche gibt, weil das für uns ja kein Thema ist. Das weiß die Kreisverwaltungsbehörde. Jetzt muss man sich vorstellen, Würzburg hat um die 124.000 Einwohner, wo will ich die alle unterbringen? Man müsste die Stadt letztendlich in Bunkern aufbauen. Das muss man sich mal vorstellen, ob das überhaupt möglich ist. Da ist die Frage wieviel kann die Stadt da überhaupt machen und wieviel kann die Stadt bereitstellen? Wenn man sich die Schweiz anschaut, da hat jeder Privatmann seinen eigenen Bunker. Das liegt aber auch an den Schweizer Beschaffenheiten. Was viel wichtiger ist, bei den Leuten einen gewissen Grundgedanken zu schüren, hast du Zuhause 14 Tage Reserven? Die Häuser haben heute selten noch einen Keller. Gibt es genügend Wasserreserven, wieviel Essen habe ich, habe ich ein Radio, eine Taschenlampe? Habe ich alle diese Sachen daheim um mich selber zu schützen? Und da wird es heute kritisch. Nur die allerwenigsten haben das. Die Größenordnung an Aggregaten, um eine ganze Stadt zu versorgen, ist gigantisch."

Interviewer: Ist/Wahr der Ortsverband Würzburg schon an internationalen Hilfsmissionen beteiligt?

Herr Zimmer: "Wir waren schon im Ahrtal und in der Türkei. Jeder Ortsverband hat eine Grundeinheit, dann gibt es noch Sonderfachgruppen. Wir haben Gruppen für die Stromversorgung, welche mit Pumpen, für die Trinkwasserversorgung, Brückenbau usw. . Dann haben wir drei Sondergruppen fürs Ausland, die Schnelleinsatzgruppe Bergung, Trinkwasserversorgung Ausland und Gruppen mit Hochleistungspumpen. Man muss daran denken das wir als Regierungsbehörde nicht einfach in die Türkei fliegen können. Wenn so etwas in einem Land passiert, tut dieses Land ein Hilfeersuchen rausschicken. Entweder nur an bestimmte Länder, oder an alle Länder. Das schlägt dann in Deutschland bei dem Außenministerium auf und wird an das Innenministerium weitergeleitet, da das THW dem unterstellt ist und dann geht's los. Deswegen waren wir etwas später in der Türkei. Solche Einsätze sind aber auch sehr Zeitintensiv. Hier gilt bei Erdbeben die 72-Stunden Regel. Und danach geht es um die Versorgung, da geht es auch darum das wir Trinkwasseranlagen aufbauen."

Interviewer: Gibt es etwas das sie sich von der Bundesregierung wünschen würden?

Herr Zimmer: "Das was ich seit Jahren vertrete führt das soziale Jahr wieder ein. Für jeden Mann und Frau gibt es Tätigkeiten, sei es bei der Feuerwehr, sei es bei dem Rettungsdienst, sei es beim THW. Angehende Lehrer kann ich bei Mangel nehmen und sagen, ihr gebt Nachhilfe. Angehende Sportstudenten können Kinder- und Erwachsenenturnen machen. Sodass sich jeder irgendwo mal einbringen muss und nicht einfach sagt Staat mach mal. Und dann wird es viele geben die dann auch Gefallen daran finden und sagen jawoll das ist was für mich und das möchte ich weitermachen. Und die Bereitschaft nimmt in manchen Bereichen massiv ab. Das zieht sich quer durch die Vereine."

4. <u>Literaturverzeichnis</u>

- Bundesministerium des Innern und für Heimat. (2023, 20. Februar). Schutz Kritischer Infrastrukturen, Kritische Infrastrukturen wie Energie- und Wasserversorgung und der Verkehr bilden die Grundlage für das Funktionieren unserer Gesellschaft.
 <a href="https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bevoelkerungsschutz/schutz-kritischer-infrastrukturen-infrastrukturen-schutz-kritischer-infrastrukturen-node.html#:~:text=Grunds%C3%A4tzlich%20sind%20Kritische%20Infrastrukturen%20in,aber%20auch%20menschliches%20Versagen%20wappnen.
- Kippnich, M., Kowalzik, B., Cermak, R., Kippnich, U., Kranke, P., Wurmb, T. (2023, 20. Februar). Disaster Control and Civil Protection in Germany.
 https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/28886610/
- 3. Herr Peter Zimmer. (2023, 14. Februar). Interview mit dem Ortsbeauftragten des THW Würzburg.
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz u. Katastrophenhilfe. (2023, 20. Februar). Für alle Fälle kurz erklärt: Was ist Bevölkerungsschutz. [Video]. YouTube. https://www.youtube.com/watch?v=wCCofY0B79o
- Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. (2023, 20. Februar). Das THW. https://www.thw.de/DE/THW/thw_node.html#Start
- 6. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. (2023, 20. Februar). Das Leitbild des THW. https://www.thw.de/DE/THW/Selbstverstaendnis/Leitbild/leitbild node.html
- 7. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. (2023, 20. Februar). Leitsätze. https://www.thw.de/DE/THW/Selbstverstaendnis/Leitsaetze/leitsaetze node.html

- 8. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. (2023, 20. Februar). Einheiten und Fachgruppen. https://www.thw.de/DE/Einheiten-
 Technik/Fachgruppen/fachgruppen node.html
- 9. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. (2023, 20. Februar). Einheiten Ausland. https://www.thw.de/DE/Einheiten-Technik/Ausland/ausland_node.html
- 10. Bundesanstalt Technisches Hilfswerk. (2023, 20. Februar). Ausstattung. https://www.thw.de/DE/Einheiten-Technik/Ausstattung/ausstattung_node.html
- 11. MDR Umschau. (2023, 20. Februar). Kaum Schutzräume und Bunker in Deutschland. https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/bunker-schutzraeume-u-bahn-atomkrieg-zivilschutz-100.html
- 12. MDR Aktuell, Fiedler, C. (2023, 20. Februar). Zivilschutz: Wie gut sehen sich die Länder für den Ernstfall vorbereitet?. https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/ukraine-krieg-bevoelkerung-schutz-thueringen-sachsen-anhalt-russland-100.html
- 13. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. (2023, 20. Februar).
 Schutzbauwerke, Schutzbauwerke im Wandel der Zeit.
 https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Risikomanagement/Baulicher-Bevoelkerungsschutz/Schutzbauwerke/schutzbauwerke node.html
- 14. Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS. (2023, 20. Februar). Schutzräume für die Bevölkerung.
 https://www.babs.admin.ch/de/aufgabenbabs/schutzbauten/schutzraeume.html#:~:
 text=Unterhalt%20und%20Erneuerung.-
 text=Unterhalt%20und%20Erneuerung.-
 text=Unterhalt%20und%20Erneuerung.-
 text=Unterhalt%20und%20Erneuerung.-
- 15. Röhrlich, D. (2023, 20. Februar). Ein Jahr nach dem bundesweiten Test, Aus Mängeln und Defiziten des Warntags lernen. https://www.deutschlandfunk.de/ein-jahr-nach-dem-bundesweiten-test-aus-maengeln-und-100.html
- 16. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. (2023, 20. Februar). Voller Erfolg: Das Sirenenförderprogramm.
 https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/DE/2022/07/om-20-sirenenfoerderprogramm.html
- 17. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. (2023, 20. Februar). Bundesweiter Warntag 2022. https://warnung-der-bevoelkerung.de/

- 18. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. (2023, 20. Februar).
 Warntag 2022: Warnsysteme haben ausgelöst.
 https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/12/pm-09-bundesweiter-warntag.html
- 19. Taz.de. (2023, 20. Februar). Bundesweiter Warntag 2022, Eine halbe Warnung. https://taz.de/Bundesweiter-Warntag-2022/!5897025/
- 20. Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. (2023, 20. Februar). Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz. <a href="https://www.bbk.bund.de/DE/Themen/Gesundheitlicher-bevoelkerungsschutz/gesundheitlicher-bevoelkerungssc
- 21. Bollinger, M. (2023, 20. Februar). Medical civil protection in Germany- a Greek tragedy? https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/36471687/